

A5 Wir fordern ein AirBnB-Verbot für Leipzig: Bezahlbarer Wohnraum für Leipziger*innen statt billige Ferien für Tourist*innen!

Gremium: Vorstand Bündnis 90 / Die Grünen Leipzig

Beschlussdatum: 23.01.2026

Tagesordnungspunkt: 3. Anträge aus dem Kreisverband

Antragstext

Leipzig steht vor einer zunehmenden Wohnraumknappheit, steigenden Mieten und wachsender sozialer Ungleichheit auf dem Wohnungsmarkt. Als Stadt der Mieter*innen mit 84% Mietanteil sind die Leipziger*innen auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen. Die ausschließliche Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnung läuft dem zuwider und verschärft die Mietsituation in Leipzig erheblich. Junge Familien finden keine bezahlbaren Wohnungen mehr, während AirBnB's boomen. Diese Entwicklung wollen wir stoppen.

Mit der Einführung der Zweckentfremdungsverbotssatzung 2024 haben wir hier schon erste wichtige Schritte unternommen. Wir wollen diese nun hin zu einem gewerblichen AirBnB-Verbot verschärfen.

Die Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Leipzig möge als Maßnahmen beschließen:

1. Reduzierung der zulässigen Vermietungsdauer für gewerbliche Ferienwohnungen

- Bündnis 90/Die Grünen Leipzig setzen sich dafür ein, die in der Leipziger Zweckentfremdungssatzung derzeit erlaubte gewerbliche Vermietung von Wohnraum als Ferienwohnung von maximal drei Monaten pro Jahr auf null Monate zu verkürzen, sodass die ausschließliche Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnung grundsätzlich untersagt wird. Dies kommt dem Verbot gewerblicher Vermietung von Ferienwohnungen in Leipzig gleich. Wohnungen von Plattformen wie AirBnB, [booking.com](https://www.booking.com) oder [ferienwohnung.de](https://www.ferienwohnung.de) werden so dem angespannten Leipziger Wohnungsmarkt wieder zugeführt. Für die hierfür nötigen landesgesetzlichen Änderungen wollen wir uns einsetzen.

2. Konsequente Kontrolle und Sanktionierung

- Die Stadt Leipzig soll die Kontrollen auf Buchungs- und Vermietungsplattformen (z. B. Airbnb, Booking.com u. a.) deutlich verstärken. Genehmigungslöse oder rechtswidrige Ferienvermietungen müssen konsequent sanktioniert werden, insbesondere durch eine Erhöhung der Bußgelder und vermehrte Anordnungen zur Wiederherstellung der Wohnnutzung. Hierfür sollen personelle und technische Kapazitäten der Stadtverwaltung ausgebaut werden.

Von den Verschärfungen ausdrücklich ausgenommen bleiben zeitlich befristete Zwischenvermietungen, etwa während Auslandsaufenthalten, Pflegezeiten oder längerer beruflicher Abwesenheit der Bewohner*innen. Niemand soll daran gehindert werden, seinen Wohnraum vorübergehend und nicht gewinnorientiert zur Überbrückung eigener Abwesenheiten zu vermieten.

Begründung

Ferienwohnungen entziehen dem regulären Mietmarkt dringend benötigten Wohnraum und tragen zur Kommerzialisierung innerstädtischer Quartiere bei. Besonders problematisch ist dies, wenn Wohnungen dauerhaft als hochpreisige Luxus-Ferienunterkünfte genutzt werden, während Leipziger*innen bezahlbaren Wohnraum suchen.

Die seit Ende 2024 geltende Zweckentfremdungssatzung war ein wichtiger Schritt. Angesichts der anhaltenden Wohnraumnot reicht sie jedoch nicht aus. Eine deutliche Reduzierung der zulässigen Ferienvermietung sowie eine konsequente Kontrolle sind notwendig, um den vorhandenen Wohnraum wieder den Menschen zur Verfügung zu stellen, die in Leipzig leben.

Leipzig ist kein Disneyland, sondern primär Wohnort der vielen Leipziger*innen. Die Stadt gehört denen, die in ihr wohnen!